

«Der Staat sollte bei unerwarteten Gewinnen auch profitieren dürfen»

Energiepreise Stefanie Walter, Professorin für Politische Ökonomie, plädiert dafür, dass der Staat in der Krise ausgleicht, aber gezielt: Nur ärmeren Haushalten soll geholfen werden. Um das zu finanzieren, sollen Stromfirmen einen Teil ihrer Übergewinne abgeben.

Holger Alich

Frau Walter, die USA leiden an den hohen Zinsen, Europa an der Energiekrise und China unter der Covid-Politik. Steuern wir auf eine globale Rezession zu?

Die Zeichen sind in der Tat beunruhigend. In Europa und in China erscheinen mir die Probleme gerade am grössten, in den USA ist die Lage noch etwas robuster. Als erschwerender Faktor kommt noch hinzu: Es gibt einen Zusammenhang zwischen Zinserhöhungen in den USA und dem Risiko von Finanzkrisen in Schwellenländern. Bei ersten Staaten droht schon die Zahlungsunfähigkeit. Wir haben also ein globales Problem: Ich sehe zurzeit keinen Wirtschaftsraum, der die wirtschaftlichen Probleme der anderen ausgleichen könnte.

Sind Sie persönlich besorgt, dass uns eine globale Wirtschaftskrise droht?

Wir sind sicher in einer Phase, in der die Probleme erst noch grösser werden. Die wirtschaftliche Lage wird sich eintrüben. Das Frustrierende ist, dass wir gerade erst eine andere Krise hinter uns haben. Nun folgt auf die Covid-Krise direkt die Energiekrise. Das schlägt auch auf die Stimmung in der Bevölkerung.

Und die Politik wirkt wie schon bei Covid extrem schlecht vorbereitet.

Für die Politik ist es nicht einfach. Viele Entwicklungen sind im Vorhinein schwer abzuschät-

zen. Anfang Februar hat beispielsweise noch niemand vorhergesehen, dass der Konflikt in der Ukraine solche wirtschaftlichen Folgen haben würde. Natürlich hätte man insbesondere mit Blick auf die Energiekrise besser vorbereitet sein können. Aber die Umsetzung ist auch nicht einfach. Das CO₂-Gesetz ist bei der Volksabstimmung gescheitert, manches Wasserkraftwerk wird durch Einsparungen gebremst. Wir leben nun mal in einem Rechtsstaat, es kann nicht durchregiert werden. Die Regierenden stehen zudem vor dem Problem, dass die Kosten des Umbaus der Energieversorgung jetzt anfallen, der Nutzen aber erst später sichtbar wird. Die aktuelle Krise bietet aber auch eine Chance.

Wo denn, bitte?

Jetzt sehen wir, wie wir mit vergleichsweise geringen Komforteinbussen Energie sparen können. Die hohen Energiepreise zwingen uns, sparsamer Energie zu nutzen, was schon allein wegen des Kampfes gegen den Klimawandel sinnvoll ist.

Also sind Sie gegen staatliche Hilfen?

Wir hatten zwei grosse Krisen, Corona und jetzt den Ukraine-Krieg mit der Energiekrise. Diese Krisen haben uns alle ärmer gemacht. Gleichzeitig wirken solche Schocks immer ungleich: Einige profitieren, andere leiden. Eine kluge Politik muss das ausgleichen. Auch wegen des Klimawan-

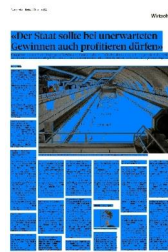
dels ist es nicht sinnvoll, dass die Leute weiter konsumieren können, als gäbe es die Krise nicht. Aber manche Leute und Betriebe kommen durch die steigenden Energiekosten an ihre Grenzen. Wenn Menschen mit tiefen Einkommen aufgrund der steigenden Energiekosten nicht mehr in der Lage sind, ihre Wohnung zu heizen, sollte der Staat Hilfe leisten. Wer seinen Privatpool mit Gas heizt, hat durch die höheren Preise dagegen Anreize zu sparen.

Und wie soll das umgesetzt werden?

Ziel muss sein, dass nur diejenigen Hilfe bekommen, die bedürftig sind. Massnahmen mit der Giesskanne wie allgemeine Benzinpreissenkungen wären teuer, ungerecht und verzerren das Preissignal. Die Umsetzung ist nicht einfach. Allerdings gibt es bereits Instrumente, mit denen man Einkommensschwache erreicht, wie zum Beispiel Zuschüsse zu den Krankenkassenprämien. Das wäre ein Ansatzpunkt.

Sollten auf der anderen Seite Energieanbieter Übergewinnsteuern zahlen müssen, wenn sie billig mit Wasserkraft Strom produzieren und diesen nun teuer verkaufen können?

Die Idee, die ungleiche Wirkung der Krise auszugleichen, ist grundsätzlich richtig, denn es geht hier auch um den sozialen Frieden. Allerdings bergen Inst-



rumente wie eine Übergewinnsteuer für Energiefirmen auch die Gefahr, dass die Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien sinken. Man muss hier gut über die Details nachdenken. Denkbar wäre zum Beispiel, nur einen Teil der Extragewinne zu besteuern. Insgesamt sollte der Staat Firmen in unerwarteten Krisenlagen helfen, bei unerwarteten Gewinnen aber auch profitieren dürfen.

Was meinen Sie damit?

Wenn Firmen in Krisenzeiten in Liquiditätsprobleme geraten, ist es oft sinnvoll, dass der Staat sie vorübergehend unterstützt. Denken Sie an die UBS in der Finanzkrise, die Swiss in der Pandemie, jetzt die Axpo. Gleichzeitig sollte es aus meiner Sicht dann auch möglich sein, dass der Staat an extrem hohen und nicht selbst verantworteten Gewinnen beteiligt wird, wenn es in eine positive Richtung geht. Dies insbesondere dann, wenn die Situation gleichzeitig Mehrausgaben in anderen Bereichen nötig macht. Aber ich räume ein, dass die Umsetzung komplex ist.

Die Krise macht deutlich, dass der Handlungsspielraum für Staaten kleiner geworden ist. Was bedeutet in der vernetzten Welt noch Souveränität?

Die nationale Souveränität bedeutet, dass ein Staat ohne Einmischung von aussen eigene Entscheidungen treffen kann. Souveränität bedeutet aber nicht dasselbe wie Macht oder dass andere Staaten nicht auf diese Entscheide reagieren dürfen. So haben die Briten beispielsweise souverän entschieden, aus der EU auszutreten. Ebenso können die EU-Staaten souverän darüber entscheiden, zu welchen Konditionen sie den Briten nach dem Brexit Zugang zum Binnenmarkt

anbieten möchten. Souveräne Entscheidungen haben Konsequenzen, und in der Regel sind diese Konsequenzen besonders **Globalisierungsexpertin**



Stefanie Walter. Foto: Anna-Tia Buss
Seit September 2013 ist sie ordentliche Professorin für Internationale Beziehungen und Politische Ökonomie am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Zürich. Stefanie Walter forscht insbesondere zu Themen wie Globalisierung und internationale Kooperation. (ali)

spürbar, wenn Staaten eng miteinander vernetzt sind.

Womit wir mitten in der Debatte um das EU-Rahmenabkommen sind. Dieses ist ja auch daran gescheitert, dass ein zu grosser Souveränitätsverlust befürchtet worden ist.

Es gibt einen Zielkonflikt zwischen den Vorteilen nationaler Selbstbestimmung und den Vorteilen internationaler Kooperation. Internationale Kooperation ist ohne Kompromisse kaum möglich, weil beide Seiten verschiedene Interessen haben und man sich auf ein Gesamtpaket einigen muss. Weil Staaten souverän sind, unterschreiben beide Seiten nur dann, wenn die Vorteile einer Vereinbarung insgesamt überwiegen – auch wenn sie dabei die eine oder andere Kröte schlucken müssen.

Ist das Rahmenabkommen also gescheitert, weil die

Vorteile für die Schweiz nicht deutlich wurden?

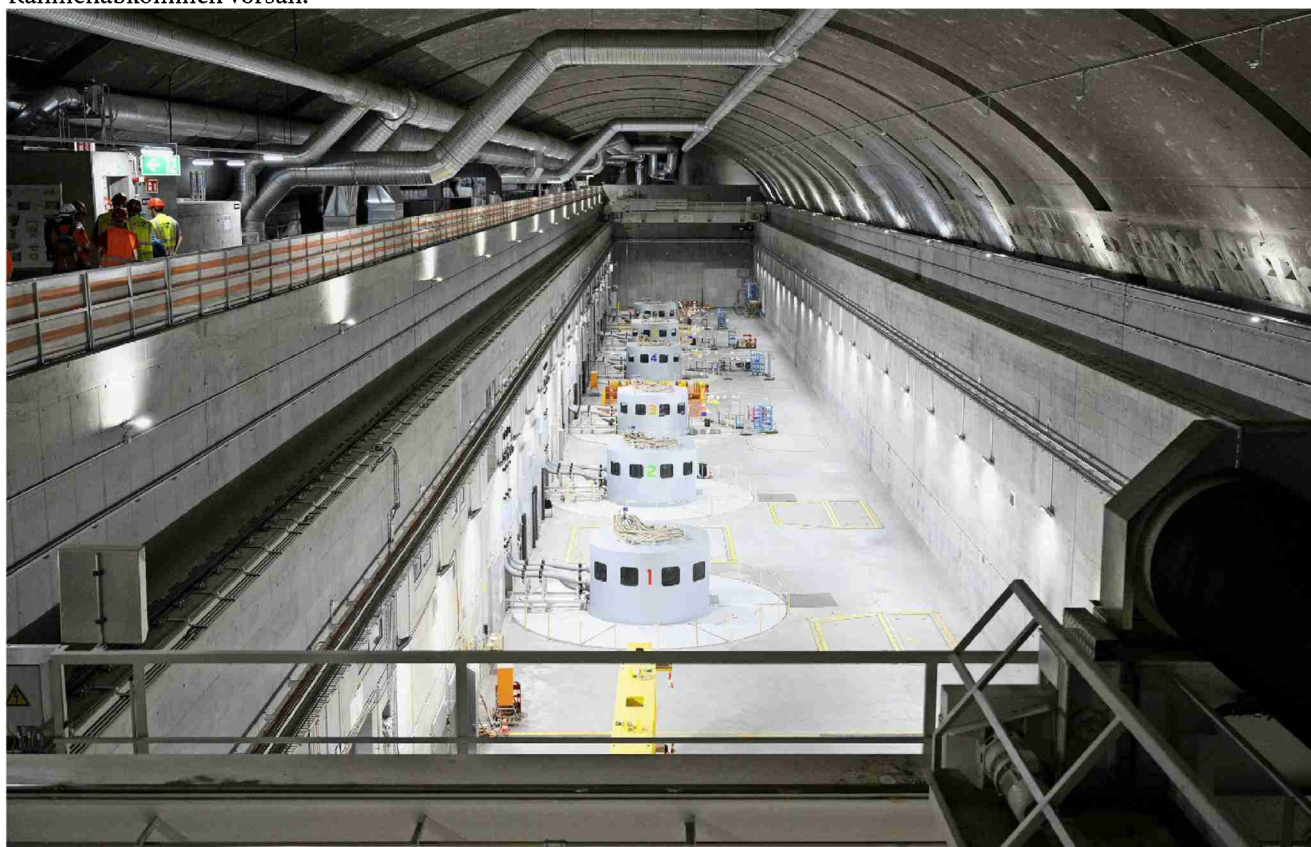
Was beim Rahmenabkommen schwierig zu verkaufen war, ist die Tatsache, dass es primär dazu diente, den Status quo zu bewahren, also den bilateralen Weg. Obwohl die Bilateralen äusserst populär und für die Schweiz sehr vorteilhaft sind, war es schwierig, zu erklären, warum man Zugeständnisse machen sollte, um etwas zu bewahren, das man bereits hat. Für einen Fortbestand der Bilateralen braucht es aber den Willen der Europäischen Union, diese immer wieder aufzudatieren. Diese Zustimmung gibt es nicht mehr. Ohne ein Rahmenabkommen erodiert deshalb nun der bilaterale Weg. Es begann mit der Börsenäquivalenz, dann verlor die Schweizer Medtech-Branche den barrierefreien Zugang zum EU-Binnenmarkt, jetzt ist die Schweizer Forschung aus dem grossen Forschungsabkommen Horizon Europe weitgehend ausgeschlossen. Spannend wird zu sehen sein, wie sich die Beziehungen der Schweiz zum EU-Strommarkt entwickeln werden.

Der Bundesrat hat zudem nie für das Abkommen geworben.

Kein politisches Schwergewicht hat politisch die Patenschaft für dieses Abkommen übernommen. Und dabei klar gesagt, dass auch die EU souverän ist und nicht jeden Deal akzeptieren muss. Auch die EU steht unter Druck. Wenn sie einem Nichtmitglied bessere Konditionen zugesteht als ihren Mitgliedern, schafft dies Begehrlichkeiten, welche langfristig die Stabilität der Union gefährden könnten. Mit Blick auf die Schweiz verstehe ich ehrlich gesagt nicht, warum sich unsere Lage dadurch verbessert haben



soll, dass die Verhandlungen abgebrochen wurden. Ich fürchte, dass wir in ein paar Jahren einen schlechteren Deal akzeptieren müssen, als ihn das gescheiterte Rahmenabkommen vorsah.



Mit der Herstellung von Strom lässt sich gerade sehr viel Geld verdienen: Das neue Pumpspeicherkraftwerk Nant de Drance im Wallis. Foto: Keystone